



Der Bürgermeister

# Öffentliche Beschlussvorlage 697/2005

Dezernat II, gez. Dr. Robers

Federführung:

40-Schulen

Produkt:

40.01.02 Grundschulen

Datum:

07.10.2005

Beratungsfolge:

Ausschuss für Kultur, Schule und Sport

Sitzungsdatum:

19.10.2005

Entscheidung

## Antrag der FDP-Fraktion zur Abschaffung der Schulbezirke der Grundschulen

### Beschlussvorschlag 1 (Vorschlag der FDP-Fraktion):

Sobald die Modalitäten für die Abschaffung der Schulbezirke vorliegen, nimmt die Stadt Coesfeld diese Option wahr und bemüht sich, diese Maßnahme dann umgehend umzusetzen.

Sollte das Land vor der offiziellen Einführung beabsichtigen, begleitete Probeläufe in ausgesuchten Kommunen durchzuführen, bewirbt sich die Stadt Coesfeld um Teilnahme an einer solchen Maßnahme.

### Beschlussvorschlag 2 (Vorschlag der Verwaltung):

Sobald eine gesetzliche Regelung zur Abschaffung der Schulbezirke vorliegt, soll die Angelegenheit unter Berücksichtigung der angekündigten Übergangsregelungen dem Ausschuss zur Beratung vorgelegt werden.

### Sachverhalt:

Die FDP-Fraktion hat darum gebeten, den als Anlage beigefügten Antrag zur Beratung an den zuständigen Ausschuss weiterzuleiten.

### Stellungnahme der Verwaltung:

Nach den Koalitionsvereinbarungen der CDU- und FDP-Landtagsfraktionen sollen bekanntlich die Schulbezirke der Grundschulen aufgelöst werden. Die Koalitionspartner haben sich hierbei auf eine Übergangszeit bis zum Jahr 2008 verständigt, damit sich die Kommunen auf eine veränderte Schulentwicklungsplanung einrichten können.

Die Landesregierung will sicherstellen, dass Kommunen auch künftig Steuerungsmöglichkeiten haben. Deshalb soll eine Neuregelung in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet werden.

Dort wird die Angelegenheit zurzeit kontrovers diskutiert. Der Schulausschuss des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen hatte geschlossen und Partei übergreifend für den Erhalt der Schulbezirke votiert.

Mit der Abschaffung der Schulbezirke wäre nicht mehr planbar, wie stark die einzelne Schule ausgelastet wird. Es könnte vor Ort die Situation entstehen, dass Schulen aufgrund eines vielleicht nur vorübergehenden Schulwahlverhaltens nicht mehr ausgelastet sind. Umgekehrt bestehe die Möglichkeit, dass bestimmte Schulen so stark frequentiert werden, dass die Räume nicht mehr ausreichen.

Wegen der zurzeit noch unabsehbaren Auswirkungen schlägt die Verwaltung vor, die gesetzlichen Regelungen abzuwarten.

**Anlagen:**

Antrag der FDP-Fraktion